

P R O T O K O L L  
der 338. Sitzung des Grossen Gemeinderats

---

Datum	Dienstag, 22. März 2011
Zeit	19.30 - 21.20 Uhr
Ort	Aula der Schulanlage Moos
Anwesend Vorsitz	Treier Hannes
Mitglieder	Aebersold Jürg, Bärtschi Annik, Bärtschi Daniel, Bärtschi Markus, Corti Andrea, Damke Andreas, Eber Béla, Fankhauser Suzanne, Gautschi Stefan, Gossweiler-Ebnetter Jsabelle, Graham Marina, Grubwinkler Christa, Grütter Urs, Häusermann Martin, Humm Martin, Kämpf Marcel, Kästli Marc, Kauth Adrian, Kneubühler Peter, Lack Stephan, Lüthi Adrian, Mallepell Elisabeth, Manz Matthias, Marti Beat, Näf-Piera Virtudes, Raaflaub-Minnig Ruth, Ruta Francesca, Schmitter Beat, Schneider Beat, Schwander Fritz, Siegenthaler Urs, von Fischer Niklaus, Wakil Ramina, Wegmüller Beat, Wenger-Kupferschmied Ursula
StimmzählerIn	Aebersold Jürg, Fankhauser Suzanne
Vertreter des Gemeinderats	Saxer Hans-Rudolf, Gemeindepräsident, Aeschimann Pia, Gubler-Geelhaar Patricia, Hässig Vinzens Kornelia, Meyer Roland, Pedinelli Stotz Daniela, Staub Christian
Sekretärin	Pulfer Karin, Gemeindeschreiberin
Entschuldigt abwesend	GGR: Brügger Yong, Friedli Rolf, Huber Manuel, Stettler Jürg
Protokoll	Koch Anni, Gemeindeschreiberin-Stv.

---

Geschäfte 16

Traktanden

1	Protokoll der Sitzung vom 18. Januar 2011	352
2	Finanzkommission; Ersatzwahlen	352
3	Aebnitstrasse; Sanierung Beleuchtung Trottoir	352
4	Aebnitstrasse; Sanierung und Gestaltung Fahrbahn	353
5	Sporthalle Moos; Sanierung Flachdach; Objektkredit	354
6	Schulanlage Aebnit; Fensterersatz Pavillon Nord und Pavillon Süd; Objektkredit	357
7	Motion Wenger / Kempf (EVP) betr. portofreie briefliche Wahl- und Abstimmung; Zwischenbericht	357
8	Motion Manz / Wegmüller (SP) betr. Ausarbeitung eines "Masterplan Verkehr"; Zwischenbericht	358
9	Postulat Gautschi (forum) betr. Bildung einer nicht ständigen Kommission für die Begleitung des Programms zur Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz (A6 auf Gemeindegebiet); Zwischenbericht	361
10	Motion Wenger (EVP) betr. zweiter Sonnenschirm beim Kinderschwimmbaden im Muribad	363
11	Motion Ziberi (SP) betr. Aufwertung der Veloparkplätze in Muri-Gümligen	365
12	Motion Ziberi (SP) betr. Konzept für planerische Aufwertungsschwerpunkte	366
13	Motion Schneider (SP) betr. vorausschauende Gesamtplanung im Gebiet Turbenweg-Füllerich	367
14	Postulat Schneider (SP) betr. vorausschauende Gesamtplanung in der Arbeitszone Lischenmoos	368
15	Information des Gemeinderats	369
16	Neue parlamentarische Vorstösse	370

Der Vorsitzende eröffnet die 338. Sitzung und stellt die Anwesenheit von 36 Ratsmitgliedern fest. Er begrüsse die Mitglieder des Gemeinderats und des Grossen Gemeinderats, die Vertretungen der Presse und die Zuhörerinnen und Zuhörer im Saal. Insbesondere begrüsse er als neues Mitglied des Grossen Gemeinderats Frau Virtudes Näf-Piera. Sie sei die Nachfolgerin von Johanna Ziberi, welche ihren Wohnsitz nach Bern verlegt habe.

## Mitteilungen

Der Vorsitzende verweist auf die aufgelegte neue Gemeindeordnung. Es handle sich um die Fassung vom 28. Februar 2011 und sie ersetze alle bisherigen. Die Anpassung sei gestützt auf den Beschluss des Parlaments vom 18. Januar 2011 erfolgt und betreffe die Baukommission.

### Traktandenliste

Gegen die Traktandenliste werden keine Einwände erhoben.

## 1 Protokoll der Sitzung vom 18. Januar 2011

### Beschluss

Das Protokoll wird genehmigt.

## 2 Finanzkommission; Ersatzwahlen

- a) Der Vorsitzende führt aus, als Ersatz für die auf den 31. Dezember 2010 zurückgetretene Seraina Grünwald schlage die Sozialdemokratische Partei Muri-Gümligen Christoph Kuhn, Mettlengässli 24, 3074 Muri bei Bern, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

### Beschluss

Christoph Kuhn wird einstimmig für den Rest der laufenden Amtsdauer als Mitglied der Finanzkommission gewählt.

- b) Der Vorsitzende führt aus, als Ersatz für den auf den 31. Dezember 2010 zurückgetretenen Martin Wyss schlage die FDP. Die Liberalen Hans Jürg Steiner, Weiherstrasse 22, 3073 Gümligen, zur Wahl vor.

Der Vorschlag wird weder ergänzt noch wird geheime Wahl verlangt.

### Beschluss

Hans Jürg Steiner wird einstimmig für den Rest der laufenden Amtszeit als Mitglied der Finanzkommission gewählt.

Der Vorsitzende gratuliert den Gewählten und wünscht ihnen bei ihrer neuen Aufgabe viel Freude und Befriedigung.

## 3 Aebnitstrasse; Sanierung Beleuchtung und Trottoir

Der Vorsitzende informiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Christian Staub führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, seine Erklärungen würden sich sowohl auf die Abrechnung unter Traktandum 3 als auch auf diejenige unter Traktandum 4 beziehen. Beide Abrechnungen würden denselben Strassenzug betreffen. Kredit- und abrechnungsmässig seien sie wohl getrennt, sie hätten aber logischerweise einen sehr engen und direkten Bezug zueinander. Erfreulich sei, dass

beide Abrechnungen innerhalb der bewilligten Objektkredite liegen würden. Alle anfallenden Arbeiten hätten termingerecht abgeschlossen werden können. Die Aebnitstrasse habe ein neues, freundliches Gesicht erhalten und sei für die Benützer auch sicherer geworden. Die klare Signalisation der beiden Radstreifen erzeuge eine optische Einengung der Mittelfahrbahn. Dadurch sei ein Korridor geschaffen worden, der temporeduzierend wirke. Das Ausweichen von Autos auf den Radstreifen beim Begegnen zweier PW's sei logischerweise nur dann gestattet, wenn sich darauf keine Radfahrenden befinden würden. An dieser Stelle könne er auch darauf hinweisen, dass mit allen Anstössern nun einvernehmliche Regelungen hätten getroffen werden können und es keine hängigen Fälle mehr gebe. In der Abrechnung zu Traktandum 4 seien unter der Position „Anpassung an Privatliegenschaften“ diese Aufwendungen aufgeführt, wie auch unter der Rubrik „Reserve/Unvorhergesehenes“ in der Abrechnung zu Traktandum 3. Er bitte den Rat, die vorliegenden Abrechnungen zu genehmigen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Ruth Raaflaub bedankt sich namens der FDP/jf-Fraktion für die Ausführung der Arbeiten an der Aebnitstrasse und für die Einhaltung der Kredite. Die neue Beleuchtung trage wesentlich zur verbesserten Sicherheit auf der stark frequentierten Strasse bei. Auch die Neugestaltung der Fahrbahn mit den gelb markierten Radstreifen habe sich bis jetzt sehr gut bewährt. Ob trotzdem – da nun keine Verkehrshindernisse mehr auf der Strasse vorhanden seien – schneller gefahren werde als die erlaubten 40 km/h, bleibe abzuwarten. Zu gegebener Zeit würden sicherlich Kontrollen durchzuführen sein und die Situation müsse beobachtet werden.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Christian Staub verzichtet auf ein Schlusswort.

Beschluss (einstimmig)

Die Abrechnung über die Sanierung des Trottoirs und der Beleuchtung der Aebnitstrasse (Füllerichstrasse - Thunstrasse) wird genehmigt. Sie schliesst bei einem bewilligten Kredit in der Höhe von CHF 450'000.00 mit CHF 443'375.05 ab (Kreditunterschreitung von CHF 6'624.95).

#### **4 Aebnitstrasse; Sanierung und Gestaltung Fahrbahn**

Der Vorsitzende informiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Christian Staub hat seine Ausführungen bereits unter Traktandum 3 abgegeben.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Die Abrechnung über die Sanierung und Umgestaltung der Aebnitstrasse (Füllerichstrasse - Thunstrasse) wird genehmigt. Sie schliesst bei einem bewilligten Kredit in der Höhe von CHF 600'000.00 mit CHF 577'346.45 ab (Kreditunterschreitung von CHF 22'653.55).

## 5 Sporthalle Moos; Sanierung Flachdach; Objektkredit

Peter Kneubühler führt als Sprecher der GPK aus, die GPK beantrage dem Grossen Gemeinderat mit 3 Stimmen bei 2 Enthaltungen, den Objektkredit betreffend die Sanierung des Flachdachs der Sporthalle Moos in der Höhe von brutto knapp CHF 800'000.00 zu bewilligen. Die GPK habe sich an ihrer Sitzung vom 9. März 2011 einlässlich mit dem vorliegenden Geschäft befasst. Sie habe sich dabei vom ressortverantwortlichen Gemeinderat Roland Meyer orientieren und diverse Fragen zum Zeitpunkt der Sanierung und zur Höhe des Objektskredits beantworten lassen. Im Wesentlichen habe die GPK wissen wollen,

1. ob Varianten im Sinne einer Sofort- bzw. Übergangslösung geprüft worden seien
  2. wie die Flachdachsanierung in die vom Gemeinderat eingegangenen BEakom-Verpflichtungen einzuordnen sei und
  3. wie sie sich zum noch pendenten Bericht punkto Schulraumplanung verhalte.
- Zugleich sei moniert worden, dass die erwähnten Aspekte in der Botschaft nicht aufgegriffen und erläutert worden seien. Der Ressortleiter und der Gemeindepräsident hätten bereits an der GPK-Sitzung und in der Zwischenzeit bis zur heutigen Sitzung zu den gestellten Fragen nachvollziehbar und abschliessend Auskunft erteilen können. So würden sich die Mehrkosten aufgrund des BEakom innerhalb des Gesamtbetrages mit rund CHF 160'000.00 niederschlagen und der Kanton werde einen Beitrag von CHF 30'000.00 an die energetische Sanierung leisten. Es sei der GPK glaubhaft dargelegt worden, dass mit der Sanierung des Flachdachs der Sporthalle Moos nicht weiter zugewartet werden könne und dass an dieser Tatsache auch der in Bälde vorliegende Bericht zur Schulraumplanung nichts ändern werde. Nicht zuletzt habe die GPK angeregt, dass zusätzlich abgeklärt werden sollte, ob die relativ hohen Investitionskosten allenfalls durch eine bessere Koordination, d.h. eine insgesamt tiefere Honorarsumme, reduziert werden könnten.

Roland Meyer führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, er möchte als Erstes darauf aufmerksam machen, dass die Bauverwaltung und die Liegenschaftsverwaltung den Auftrag hätten, die Erhaltung der gemeindeeigenen Liegenschaften zu betreiben. Es seien 8 Varianten geprüft worden, mit BEakom, mit allem nötigen Drum und Dran. Die Moos-Turnhalle sei in die Schulraumplanung involviert, man komme ohne sie aber nicht aus. Es seien in der Gemeinde nicht zu viele Turnhallen vorhanden, auch wenn die 3-fach-Turnhalle der ISB dereinst gebaut werden sollte. Sodann "geistere herum", ob nicht allenfalls ein Abbruch des Moos-Schulhauses und die Errichtung eines Neubaus sinnvoller wäre. Wenn ausreichende finanzielle Mittel vorhanden wären, könnte dies zwar allenfalls gemacht werden. Es dürfe aber auch der Zeitrahmen nicht ausser Acht gelassen werden, dieser würde im Minimum bei 5-6 Jahren liegen. Wo sich zudem ein entsprechender Standort befinden würde, sei ebenfalls ungewiss. Erfreulicherweise könne er nach einem nochmaligen Nachfragen mitteilen, dass die Rückerstattung im Zusammenhang mit dem BEakom CHF 66'000.00 betragen werde; CHF 52'000.00 für den Flachdachbereich und CHF 14'000.00 für die Oblichtkuppeln in Glas. Ursprünglich sei nach vorliegenden Berechnungen von einer Rückerstattung von lediglich CHF 30'000.00 ausgegangen worden. Er wolle nicht zuletzt auf die Möglichkeit von wachsenden Schäden hinweisen. Diesfalls wäre mit wesentlich höheren Kosten als mit CHF 800'000.00 zu rechnen. Es sei auch noch die Frage nach der Hülle aufgetaucht. Diese sei in gutem Zustand und an ihr müsse gar nichts gemacht werden. Glücklicherweise sei praktisch kein Glas für die Hülle verwendet worden, weshalb sie auch energetisch tragbar sei. Er ersuche die Ratsmitglieder, dem gemeinderätlichen Antrag zu folgen.

Eintreten wird nicht bestritten.

Stefan Gautschi dankt Roland Meyer namens der forum-Fraktion für seine Ausführungen. Es gebe einige Punkte, die er noch nicht gewusst habe und auf die er hier

verweisen wolle. Das vorgestellte Projekt Sanierung des Flachdachs Sporthalle Moos überzeuge das Forum nicht, weshalb es den Antrag stelle, das Projekt noch einmal zu überprüfen und den Einsatz der Investitionen aufzuschieben. Die Gründe dafür seien:

- Die Turnhalle Moos werde 40-jährig. Es handle sich um eine 3-fach-Turnhalle, eine Schulraumplanung sei im Gang und es könnte allenfalls noch überprüft werden, ob die 4 oder 5 in der Gemeinde vorhandenen Turnhallen richtig genutzt würden. Jetzt, und nur jetzt, sei der Moment da, um kurz darüber nachzudenken, ob eine neue 3-fach-Turnhalle nicht beispielsweise im Füllerich sinnvoller wäre. Würde den CHF 700'000.00 zugestimmt, würde man mit Werterhaltung weiterfahren und die mutige Frage könnte nicht gestellt werden. Deshalb wünsche das Forum hier eine Verschnaufpause.
- Es sei ausgeführt worden, dass die Hülle offensichtlich gut sei. Man habe sich also darüber Gedanken gemacht und es werde nicht einfach eine etappenweise Sanierung vorgenommen, beginnend mit dem Dach, in zwei Jahren folge dann der Boden etc. Finanziell sei es nicht so toll, wenn man ständig am Sanieren sei und für den Turnhallenbetrieb ebenfalls nicht. Er gehe davon aus, dass dies entsprechend abgeklärt worden sei.
- Sehr stutzig habe ihn die Aussage in der Botschaft gemacht, dass eine Begrünung aus statischen Gründen nicht möglich sei. Eine extensive Begrünung bedeute eine Schicht von 6-7 cm, darauf komme noch etwas Wasser und dies habe einen gewissen statischen Einfluss. Er habe einige Bedenken, ob man statisch gesehen wirklich auf der sicheren Seite sei. Er wolle auf einen Fall in St. Gallen aus dem Jahr 2009 hinweisen, wo – glücklicherweise ohne Todesfälle – ein Turnhallendach eingestürzt sei. Es habe eine spezielle meteorologische Situation geherrscht, als auf eine dicke Schicht Nassschnee Regen gefallen sei. Dies habe die Grenzen der Statik überschritten und das Turnhallendach sei eingestürzt. Er empfehle daher, die Statik nochmals zu überprüfen.
- Das Dach biete sich für Energie-Nutzung an. Das Forum warte auf den Massnahmenplan BEakom 2. Wo dieser bleibe, ob er integriert sei, wie man dastehe? Es sei von Photovoltaikanlagen die Rede, welche momentan zu teuer seien. Er verweise auf eine kürzliche Publikation, wonach beim Bundesamt für Energie 7'000 Photovoltaik-Projekte eingereicht worden seien, wobei CHF 500 Mio. für 1'800 Projekte gesprochen worden seien. Wo stehe in dieser Hinsicht die Gemeinde Muri?
- Bei grossen Flachdächern werde im Sinne des nachhaltigen Bauens extensive Begrünung angestrebt. Wenn es statisch unmöglich sei, könne man dies natürlich nicht machen. Die Neubauten in der Gemeinde – Credit Suisse, Turbenweg – würden alle begrünt. Dachbegrünungen hätten einen ganz speziellen Nutzen, seien besser von der Liegenschaftsentwässerung her und im Sinne von nachhaltigem Bauen. Er frage sich, wo hier die Vorbildfunktion der Gemeinde bleibe, von der so gerne gesprochen werde. Die Liegenschaftsentwässerung der Turnhalle sollte noch entsprechend angeschaut werden.

Er stelle den Antrag, die Sanierung des Flachdachs der Sporthalle Moos nach Vorliegen der Studie über die Schulraumplanung und des BEakom 2 noch einmal zu überprüfen. Bis dahin seien bei Bedarf Sofortmassnahmen wie Abdichtungen einzuleiten, um das eindringende Wasser vorübergehend aufzuhalten.

Adrian Kauth erklärt, für die FDP/jf-Fraktion komme eine Ablehnung des vorliegenden Objektkredits zur Sanierung des Flachdachs der Turnhalle Moos nicht in Frage. Das Geschäft sei von der Verwaltung mittels verschiedenen Varianten seriös geprüft worden und die beste davon sei nun dem Parlament zur Genehmigung unterbreitet worden. Die FDP/jf-Fraktion stimme der Vorlage daher geschlossen zu. Dass hier über einen ansehnlichen Betrag zu befinden sei, löse zwar auch bei der FDP/jf-Fraktion nicht unbedingt Begeisterungstürme aus, sei aber zwangsläufig nicht zu vermeiden. Eine Flachdachsanierung in dieser Grössenordnung, verbunden mit zusätzlichen Isolationsmassnahmen, stelle eine teure Angelegenheit dar. Nicht zu ver-

stehen sei allerdings, dass es nun Stimmen gebe, die mit fadenscheinigen Argumenten versuchen würden, das Geschäft zu blockieren. Nicht wahr sei, dass noch zusätzliche BEakom-Massnahmen abgewartet werden müssten. Die FDP/jf sei mit zwei Fraktionsmitgliedern in dieser BEakom-Gruppe vertreten und könne deshalb versichern, dass die notwendigen Fakten auf dem Tisch liegen würden und es keine weiteren Abklärungen für die Dachsanierung brauche. Im vorliegenden Projekt seien bereits Energie-Massnahmen aufgrund des BEakom-Abkommens von mehr als CHF 150'000.00 vorgesehen. Zudem würden auf dem Dach Anschlüsse und Zuleitungen für Solarzellen eingebaut, so dass zu einem späteren Zeitpunkt die zusätzliche Energie ohne grösseren Aufwand genutzt werden könne. Nicht wahr sei zudem, dass die Schulraumplanung abgewartet werden müsse. Die Turnhallen seien von der Schulraumplanung nicht oder nur marginal betroffen. Auch wenn sich irgendeine politische Gruppierung in der nächsten Zeit für einen Schulhaus-Neubau entscheiden sollte, werde für die nächsten 10 Jahre für die Turnhalle Moos ein dichtes Dach benötigt. Nicht wahr sei letztlich auch, dass die Statik der Turnhalle bedenklich sei und bei grossen Schneelasten einbrechen könnte. Aus Sicht der FDP/jf-Fraktion sei das Projekt Flachdachsanieierung Turnhalle Moos durchdacht und vorausschauend geplant. Wie einleitend bereits gesagt, unterstütze sie den vorliegenden Objektkredit einstimmig.

Ramina Wakil führt aus, die SP-Fraktion begrüsse die Vorgehensweise der Sanierung des Flachdachs der Sporthalle Moos. Es sei an der Zeit, das Flachdach mit einem entsprechenden nachhaltigen Energiemodell zu sanieren. Die SP sei der festen Überzeugung, dass die Variante, für welche sich der Gemeinderat entschieden habe, einer nachhaltigen Energiepolitik wie auch dem Energieleitbild der Gemeinde dienen werde. Zudem erachte sie es von grosser Bedeutung, dass für einen späteren Zeitpunkt die sogenannten PV-Elemente für die weitere Stromproduktion in Betracht gezogen würden. Somit unterstütze die SP-Fraktion den Antrag des Gemeinderats und empfehle, dem Geschäft zuzustimmen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Sowohl Peter Kneubühler als Sprecher der GPK als auch Roland Meyer als gemeinderätlicher Sprecher verzichten auf ein Schlusswort.

#### *Antrag forum*

Das Geschäft sei bis zum Vorliegen der Studie über die Schulraumplanung zurückzustellen.

#### Beschluss

Der Antrag der forum-Fraktion wird mit 30 Nein- zu 6 Ja-Stimmen abgelehnt.

#### Beschluss (29 Ja / 6 Nein / 1 Enthaltung)

Für die Sanierung des Flachdachs der Sporthalle Moos wird ein Objektkredit von CHF 795'000.00 bewilligt.

**6 Schulanlage Aebnit; Fensterersatz Pavillon Nord und Pavillon Süd; Objektkredit**

Der Vorsitzende informiert, die GPK habe keinen Sprecher nominiert.

Roland Meyer führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, auch bei diesem Geschäft würden die BEakom-Vorgaben eingehalten. Es handle sich vorliegend um eine Teil-Sanierung der Fenster und der Eingangstüren; ein Teil sei bereits gemacht worden. Auch hier erfolge eine Rückerstattung im Zusammenhang mit dem BEakom, die Höhe des Betrages habe jedoch noch nicht abgeklärt werden können. Es sei wichtig, dass nach 38 Jahren bzw. seit dem Bau der Schulanlage die Fenster auf der andern Seite auch noch saniert würden. Damit sei man dann auch mit diesem Gebäude wieder einigermassen auf Kurs.

Eintreten wird nicht bestritten.

Das Wort wird weder für Fraktionserklärungen noch für weitere Wortmeldungen verlangt.

Das Schlusswort wird von Roland Meyer nicht verlangt.

Beschluss (einstimmig)

Für den Fensterersatz Pavillon Nord und Pavillon Süd der Schulanlage Aebnit wird ein Objektkredit von CHF 580'000.00 bewilligt.

**7 Motion Wenger / Kempf (EVP) betr. portofreie briefliche Wahl- und Abstimmung; Zwischenbericht**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Hans-Rudolf Saxer verzichtet als gemeinderätlicher Sprecher auf ein Votum.

Ursula Wenger (EVP) bedankt sich beim Gemeinderat für die ersten Informationen bezüglich portofreies Abstimmen und Wählen. Naturgemäss könne man anhand dieser Angaben, welche sich auf drei Abstimmungen stützen würden, noch keine grossen Rückschlüsse ziehen. Abgesehen davon vielleicht, dass die Einwohner von Muri und Gümligen eher bequem seien und es begrüssen würden, dass sie das Stimmcouvert einfach beim nächsten Briefkasten einwerfen könnten. Ob die Stimmbeteiligung durch diese Massnahme in irgendeiner Weise beeinflusst worden sei, sei dem vorliegenden Bericht nicht zu entnehmen. Wahrscheinlich sei es für aussagekräftige Zahlen noch zu früh. Aber genau dies sei eines der Anliegen der Pilotphase, nämlich zu eruieren, ob sich mehr oder weniger Personen – vor allem mehr Junge – an den Abstimmungen beteiligen würden oder ob alles beim Alten geblieben sei. Dass der Gemeinde durch diese Neuregelung Kosten anfallen würden, habe man gewusst. Ob diese gerechtfertigt seien, werde das Parlament nach Abschluss der dreijährigen Pilotphase zu entscheiden haben.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Beschluss

Vom Zwischenbericht zur Motion Wenger / Kempf (EVP) betr. portofreie briefliche Wahl und Abstimmung wird Kenntnis genommen.



**8 Motion Manz / Wegmüller (SP) betr. Ausarbeitung eines "Masterplan Verkehr"; Zwischenbericht**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, im vorliegenden Zwischenbericht werde dargelegt, aufgrund von welchem Referenzszenario – es handle sich hier um den Zustand 2010 – ausgegangen und die beiden Prognosen erarbeitet worden seien. Bezüglich der Schlussfolgerungen der Verkehrsfachleute und den möglichen Massnahmen sei der Gemeinderat insofern befriedigt, als diese bereits dasjenige bestätigen würden, was in den diversen vorher erstellten Verkehrsgutachten zu einzelnen Vorhaben im Rahmen der OPR 2012 gesagt worden sei. Neue Erkenntnisse mit wegweisenden Folgen würden keine vorliegen, was einerseits beruhige, auf der andern Seite dasjenige bestätige, was bereits bekannt sei, nämlich dass es Engpässe gebe und in Zukunft weitere geben werde. Diese Tatsache sei für den Gemeinderat Anlass genug, sich weiterhin intensiv mit allen Partnern ins Einvernehmen zu setzen und gemeinsam nach Möglichkeiten und Lösungen zu suchen. An dieser Stelle könne er noch auf einen Punkt hinweisen, welcher möglicherweise zu Fragen geführt habe, nämlich, ob bei den Berechnungen eine Kapazitätserhöhung der A6 – also das Engpassbeseitigungs-Programm – berücksichtigt sei oder eben gerade nicht. Das Programm der Engpassbeseitigung A6 habe einen Zeithorizont von 2030. Bis dahin sollten – und würden ja derzeit – Möglichkeiten und Massnahmen geprüft werden. Weder die Gemeinde, noch der Kanton, noch das ASTRA wüssten, wie die Lösungen und die Auswirkungen daraus aussehen würden.

Der Masterplan Verkehr betrachte die Verkehrszunahmen in der Prognose II zwar ebenfalls bis ins Jahr 2030; dies jedoch als allgemeine Verkehrszunahme auf dem kommunalen und dem kantonalen Verkehrsnetz. Er setze sich jedoch nicht mit dem Nationalstrassennetz auseinander. Eine Ausnahme würden die Kreisel in Autobahnnähe in unserer Gemeinde bilden, welche zum Teil dem ASTRA gehören würden. Gegen ein grenzenloses Wachstum (Schleichverkehr, Stausituationen auf der Autobahn) sehe der Masterplan Verkehr zum Beispiel Pförtneranlagen bei den Ortseingängen vor. Mit diesen könne sichergestellt werden, dass der Verkehr in der Gemeinde ungefähr so ablaufen könne, wie er sollte; dies unabhängig vom Programm der Engpassbeseitigung. Ein letzter Hinweis sei, dass der Gemeinderat für die Ausarbeitung der Verkehrsstudie einen Gesamtkredit von CHF 80'000.00 gesprochen habe. Nach der Auftragserteilung an Emch + Berger AG sei vereinbart worden, dass vorerst nur die "Basisversion" erstellt werden solle mit einem Kostendach von rund CHF 50'000.00. Weitere zusätzliche Module, welche mitoffertiert worden seien, würden erst nach der Würdigung der Basisversion allenfalls ein Thema werden. Dank der Aufbereitung des Berichts sowie der Mithilfe und der Begleitung durch den Leiter Verkehr und Umwelt, Ernst Soltermann, während der gesamten Zeit des Projekts hätten die Kosten tief gehalten werden können. Abgerechnet worden sei der Kredit mit nicht ganz CHF 45'000.00.

Peter Kneubühler führt aus, die FDP/jf-Fraktion habe von diesem Zwischenbericht Kenntnis genommen. Man habe nun vom Ressortleiter auch zusätzliche Informationen bekommen zur Frage, die sich in der Fraktionssitzung gestellt habe, nämlich ob bei der Prognose II der A6-Ausbau inbegriffen sei oder nicht. Sofern er dies nun richtig verstanden habe, sei dies nicht der Fall. Der A6-Ausbau sei also nicht inbegriffen, sondern es werde einfach von der allgemeinen Verkehrszunahme ausgegangen. Gerade gestern habe im Mattenhofsaal eine Orientierung seitens des ASTRA zum A6-Ausbau, Bypass Bern-Muri, stattgefunden. Das ASTRA und auch das eidgenössische Parlament hätten fest im Sinn, die Autobahn auf 6 Spuren auszubauen, jedenfalls auf Muriger Boden; in der Stadt Bern sehe es etwas anders aus, dort sei momentan noch ein 4-spuriger Tunnel geplant. Mit andern Worten habe dies

natürlich ganz klare und unter Umständen massive Auswirkungen auf den Verkehr in der Gemeinde. Wenn mehr Verkehr auf die Autobahn gebracht werde – was sich natürlich alle wünschen und erhoffen würden und was ja der Sinn des Ausbaus auf 6 Spuren sei – sollte es weniger "Schleichverkehr" durch die Gemeinde geben. Damit müsse gesagt werden, dass der vorliegende Bericht nicht ganz fertig sei, indem die Prognose II nicht für bare Münze genommen werden könne. Ansonsten erachte die FDP/jf-Fraktion den Bericht als sachlich. Es werde gut dargelegt, wie sich die heutige Situation – Referenzjahr 2010 – präsentiere und auch die Prognose I sei an und für sich unproblematisch. Es handle sich um eine sachliche Auslegeordnung, abgesehen vom erwähnten, nicht berücksichtigten Punkt, welcher einen "Tolgggen im Reinheft" darstelle. Es könne gesagt werden, dass in der Gemeinde Muri im Vergleich mit andern Agglomerationsgemeinden nahezu idyllische Verhältnisse herrschen würden; wir hätten keine wirklichen Verkehrsprobleme. Ebenfalls könne gesagt werden, dass die Prognose I immer noch ein relativ positives Szenario für das Jahr 2020 darstelle und von daher keine allzu grossen Probleme auf uns zukommen würden, abgesehen vom Autobahnanschluss Muri. Dass man dort an der Grenze sei, wisse man bereits heute und vom Bund geplant sei ja auch ein neuer Autobahnanschluss in Muri. Was die Prognose II anbelange, welche nun eben nicht vollständig sei, habe sich gezeigt, dass wir sehr stark abhängig seien. Dies werde sich auch nicht ändern, wenn die Autobahn einmal auf 6 Spuren ausgebaut sei. Wir seien abhängig vom Bund und vom Kanton – bezüglich Autobahn bzw. bezüglich Kantonsstrassen – und dies bedeute, dass wir nicht irgendwelche Alleingänge in der Gemeinde machen und das Gefühl haben dürften, wir könnten den Verkehr selber regeln, dies würden wir schon schaffen. Wir seien sehr stark in die Vernetzung Nationalstrassen-Kantonsstrassen-Lokalstrassen eingebunden; dies sei ein Zusammenspiel, in welchem man zusammen etwaige Probleme angehen müsse. Er gehe heute davon aus, dass nicht so viele Probleme wie prognostiziert entstehen würden, weil die Autobahn ausgebaut sein werde. Alle hätten ja gerne die Autobahn unter dem Boden. Zu den in der Botschaft erwähnten und aus dem Bericht zitierten 5 fett gedruckten Massnahmen wolle sich die FDP/jf-Fraktion heute noch nicht äussern, sondern sich zum gegebenen Zeitpunkt damit befassen und sich dannzumal dazu vernehmen lassen.

Der Vorsitzende entschuldigt sich für den ihm unterlaufenen Verfahrensfehler, indem das Wort vor den Fraktionserklärungen dem Motionär zugestanden hätte.

Matthias Manz (SP) führt aus, er könne die positive Schlussfolgerung des Gemeinderats aus diesem Masterplan nicht richtig nachvollziehen und er möchte dies mit ein paar Punkten begründen. Er erachte es als schade, dass der Gemeinderat vier Monate zugewartet habe, bis er den Bericht dem Auftraggeber zur Diskussion unterbreite, liege doch der Bericht offenbar seit Mitte November vor. Nun führe der Gemeinderat aus, die Schlussfolgerungen aus dem Masterplan seien aus seiner Sicht alle im Richtplan Verkehr festgelegt. Daher komme einem die Diskussion im GGR ein wenig als Pflichtübung vor. Er erachte dies als schade, sei doch der GGR immerhin Auftraggeber des Werks. Gleichwohl möchte er sich bedanken dafür, dass der Gemeinderat diese Studie habe ausarbeiten lassen und sie begleitet habe.

Er habe einige Bemerkungen zur Studie selber und zu den Schlussfolgerungen: Bei der Studie sei ein Hauptkritikpunkt die Art der Prognosen bzw. Szenarien. Prognose I bezeichne, was passiere, wenn die bauliche Entwicklung wie in der vorgesehenen Ortsplanungsrevision geplant realisiert werde. Das zweite Szenario bedeute: Prognose I zuzüglich die Grundzunahme. Die Wirklichkeit sei aber genau umgekehrt. Szenario I gebe es gar nicht; es gebe kein Szenario darüber, was passiere, wenn nur gebaut werde. Das Grundrauschen, die Grundzunahme sei die Basis, mit welcher man sich zuerst einmal auseinandersetzen müsse. Die erste Frage sei also, was passiere, wenn das Verkehrswachstum allgemein zunehme. Ob in diesem Fall Massnahmen in der Gemeinde Muri in den nächsten 10-20 Jahren erforderlich seien, ja

oder nein. Dies sei die erste Frage, die gestellt und auf die eine Antwort gefunden werden müsse. Die zweite Frage sei, was passiere, wenn zur allgemeinen Verkehrsentwicklung in unserer Gemeinde noch zusätzlich die geplanten Bauvorhaben umgesetzt würden. "Kann sich die Gemeinde dies verkehrsmässig leisten? Ist dies verantwortbar oder muss man sich zurückhalten? Muss man Auflagen machen, einerseits schon bei der allgemeinen Verkehrsentwicklung, andererseits bezüglich Verkehr bei der baulichen Entwicklung". Diese Überlegungen müssten die Politiker anstellen und nicht umgekehrt; dies wäre das Pferd am Schwanz aufgezügelt. Das Szenario I gebe es schlicht und einfach nicht, dies sei eine Phantasie. Es handle sich nicht um eine akademische Frage, verleite aber den Gemeinderat dazu zu sagen: "Nach dem Szenario I ist es eigentlich gar nicht so schlimm, ergo kann man sich die bauliche Entwicklung leisten." Dies sei keine mögliche Antwort. Szenario II – was in unserer Gemeinde passiere, ohne dass wir gross darauf hinwirken könnten, weil wir dem von der Umgebung her ausgesetzt seien – sei die Basis. Er bitte darum, die ganze Überlegung umzukehren, dann sehe es etwas anders aus. Der zweite Punkt sei, dass es zwar Zahlen und Überlegungen gebe, die Aussagen darüber machen würden, wie es im Jahr 2030 in etwa aussehen werde. Ihn interessiere aber auch, was auf dem Weg bis ins 2030 passiere. Es mache ja nicht einfach "Peng" und man sei im 2030, sondern es gebe Etappen von 2015, 2020, 2025. Es sei ein Pfad mit einer Verkehrszunahme, darüber hinaus würden vermutlich in den nächsten 10 Jahren – wie eine Stufe – bauliche Entwicklungen hinzukommen. Dies hätte er gerne abgebildet, denn so würde er sehen, was an den Knotenpunkten passiere. Es sei überhaupt nicht so, dass die Entwicklungen unproblematisch seien. Es müsse betrachtet werden, was bei den Knotenpunkten – diese müsse man im Verkehrssystem anschauen, nicht die geraden Strecken – passiere. Es heisse nichts anderes, als dass nur schon bei kleineren Entwicklungen durch die baulichen Massnahmen erste Probleme bei den Knoten auftauchen würden. Es würden aber schon vorher noch viel grössere Probleme entstehen wegen der allgemeinen Verkehrsentwicklung. Man könne also überhaupt nicht beruhigt sein, sondern der Gemeinderat müsste sagen: "Wir sind beunruhigt, was wir hier auf den Tisch gelegt bekommen". Es würde wahrscheinlich bedeuten, dass schon im Hinblick auf die nächsten 10 Jahre Massnahmen ergriffen werden müssten, damit der Verkehr nicht an den vier wichtigsten Knotenpunkten Staus produziere. Der Studie könne entnommen werden, dass innerhalb von 20 Jahren an den Knotenpunkten Staus vorhanden sein würden. Er nehme an, dass sich diese langsam aufbauen und nicht in 20 Jahren einfach über Nacht bestehen würden. Dies sei eine grundlegende, methodische Kritik am Bericht und auch an den Schlussfolgerungen, die daraus gezogen würden.

Der zweite Punkt betreffe die politische Schlussfolgerung des Gemeinderats. Er hätte eigentlich erwartet, dass der Gemeinderat nach viermonatiger Analyse des Berichts Ziele setzen würde. Es werde eine Entwicklung aufgezeigt und der Gemeinderat müsste kundtun, was er bereit wäre, an Verschlechterungen bei der Verkehrssituation zu tolerieren. Er müsste definieren, bis wo man "gehen könnte", damit die gute Wohnsituation erhalten bliebe. Er müsste genaue Ziele setzen, welche nicht überschritten werden dürften, was die Qualität des Verkehrs und der Knotenpunkte anbelange und gestützt darauf Massnahmen – auch auf der Zeitachse – formulieren. Der Gemeinderat habe einfach aus dem Bericht Emch + Berger heraus "copy paste" gemacht und in seinen Bericht und in den Verkehrsrichtplan hineinkopiert. Er habe nun aber keine Ahnung, wann es der Gemeinderat als notwendig erachte, dass die Massnahmen zu greifen anfangen könnten. Es heisse einfach allgemein, "zeitgerecht" würden die Massnahmen eingeleitet. Es tue ihm Leid, aber dies sei für ihn nicht ausreichend. Bei der letzten Ortsplanungsrevision habe man gesehen, dass bezüglich Verkehrssituation in der Gemeinde ein grosses Misstrauen und die Befürchtung vorhanden seien, dass diese aus dem Ruder laufe. Seine Glaubwürdigkeit habe der Gemeinderat mit diesem Bericht nicht wieder hergestellt. Er führe einfach aus, irgendeinmal werde man irgendwelche Massnahmen ergreifen müssen und lege ein-

mal eine Liste vor, mit welcher nicht politisch gewürdigt werde, ob die Massnahmen umsetzbar seien, wie und wann man vorgehen wolle, wie sie greifen würden. Der Zusammenhang zwischen der befürchteten und der nachgewiesenen Verschlechterung in unserer Gemeinde und den notwendigen Massnahmen fehle völlig. Wenn der Gemeinderat eine glaubwürdige Politik in dieser Gemeinde vertreten wolle, so müsse er diesen Zusammenhang herstellen. Ansonsten laufe die Sache aus dem Ruder und es heisse: "Der Gemeinderat schaut einfach zu, lässt alles schlittern und man kann nicht erkennen, dass er wirklich gewillt ist, die Verkehrssituation in den Griff zu bekommen."

Martin Häusermann bedankt sich namens der forum-Fraktion für die umfangreiche und seines Erachtens vollständige und aktuelle Studie. Der Masterplan bilde ein hervorragendes Grundlagenpapier für das weitere Handeln im Bereich Verkehr. Was der Gemeinderat mit den Ergebnissen aus der vorliegenden Studie zu tun gedenke? In der Botschaft sei nachzulesen, dass der Gemeinderat der Meinung sei, kurz- und mittelfristig bestehe nur beim Autobahnanschluss Muri Handlungsbedarf und weitere Orte würden zeitgerecht angegangen. Das forum wünsche sich jedoch bereits jetzt eine frühzeitige und konkrete Planung der neuralgischen Punkte. In Anbetracht dessen, dass die Prognose I – wie auch immer sie zustande komme – in 5 bis 8 Jahren eintreffen werde, vertrete das forum die Meinung, dass nebst dem Autobahnanschluss Muri eine Planung aufgegleist werden müsse. Insbesondere gehe es um die Knotenpunkte

- Melchenbühlkreisel
- Gümligenfeld
- Sternenplatz

Prognose I nenne für das Melchenbühl eine tendenzielle Überschreitung, für das Gümligenfeld oft eine Überschreitung und für den Sternenplatz die Kapazitätsgrenze. Es sei wohl nicht so falsch, wenn davon ausgegangen werde, dass dies in 5-8 Jahren der Fall sein werde. Alle wüssten, dass dies Projekte seien, welche mit dem Kanton und dem ASTRA abgestimmt werden müssten. Es handle sich um langwierige Verfahren; es gehe bald einmal 5 Jahre, bis ein solches Projekt realisiert werden könne. Deshalb erwarte das forum vom Gemeinderat, dass nun eine Planung in Angriff genommen und die Projekte auf die Terminachse gelegt würden, so dass eine bessere Transparenz vorhanden sei und die Glaubwürdigkeit wieder hergestellt werden könne. Es würden diesbezüglich klare und verbindliche Zusagen des Gemeinderats erwartet. Im Moment liege ein Zwischenbericht vor, irgendeinmal komme ja dann noch eine Berichterstattung in Form eines Schlussberichts.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Christian Staub verzichtet auf ein Schlusswort.

### Beschluss

Vom Zwischenbericht zur Motion Wegmüller / Manz (SP) betreffend Ausarbeitung eines "Masterplan Verkehr" wird Kenntnis genommen.

## **9 Postulat Gautschi (forum) betr. Bildung einer nicht ständigen Kommission für die Begleitung des Programms zur Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz (A6 auf Gemeindegebiet); Zwischenbericht**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub erklärt als gemeinderätlicher Sprecher, wie Peter Kneubühler erwähnt habe, habe am gestrigen Abend im Mattenhofsaal eine vom ASTRA organisierte Ver-

anstellung zum Thema Engpassbeseitigung stattgefunden. Alle Fraktionen unserer Gemeinde seien mit je einer Delegation eingeladen gewesen, wie auch weitere interessierte Kreise von Muri, Ostermundigen und Bern. Von der Möglichkeit, sich zu den Varianten zu äussern, sei von den Anwesenden rege Gebrauch gemacht worden. Als erstes Fazit daraus könne sicher gezogen werden, dass sich alle Anwesenden in dem Punkt einig gewesen seien, als dass es keine halben Lösungen geben dürfe. Halbe Lösungen würde bedeuten, zwar etwas zu machen, aber z.B. aus Geldmangel nur die Hälfte. Vielmehr sei gefordert worden, dass die A6 ab Wankdorf bis zur Ausfahrt Muri unter den Boden verlegt werden soll. Die entsprechenden Varianten sollten nun vom ASTRA weiterverfolgt werden, auch im Wissen darum, dass die zur Verfügung stehenden CHF 1,4 Mia. kaum ausreichen würden. Weitere Anhörungsrunden – in der gleichen Form und Zusammensetzung wie gestern – würden folgen, und zwar eine Ende Sommer und eine weitere im November. Ziel des ASTRA sei es, bis Ende Jahr die Variante bestimmen zu können, welche anschliessend dem Bundesparlament zur Verabschiedung vorgelegt werde. Seitens der Gemeinde bestehe mit der Behördendelegation die Möglichkeit der direkten Einflussnahme beim ASTRA.

Stefan Gautschi (forum) führt aus, er nehme vom Zwischenbericht gerne Kenntnis. Gestern seien verschiedene Parlamentarier und Mitglieder der Quartiervereine vom ASTRA zu einem Forum eingeladen gewesen. Das ASTRA habe den Stand der Variantenstudie aufgezeigt und die Teilnehmer in den Entscheidungsprozess integriert. Es sei mitgeteilt worden, dass die Resultate noch nicht an die Öffentlichkeit gelangen sollten. Er erlaube sich jedoch, hier seinen Eindruck zu vermitteln: Als sehr positiv zu werten sei gewesen, dass zusammen mit den Teilnehmern der Stadt Bern an dieser Problemanalyse gearbeitet worden sei. Es sei als Erfolg anzusehen, dass das Projekt nun endlich an der Grenze der Gemeinde Muri beginne und im Wankdorf aufhöre. Alle würden dabei am gleichen Strick ziehen und hätten das grösste Interesse daran, eine allseits optimale Lösung zu finden. Erfreulich sei, dass das ASTRA dieses Forum in der Projektabwicklung einberufen habe und auch zukünftig konsultieren werde. Eine gemäss Postulat vorgeschlagene separate Kommission von Muri hätte in dieser Projektorganisation keinen Platz gefunden. Er habe aber auch den Eindruck gewonnen, dass Ziele und Interessen der Gemeinde Muri manchmal zu unpräzise verfolgt würden, was sich in gewissen Aussagen des ASTRA und einem Einfluss in die Variantenwahl niedergeschlagen habe. Christian Staub habe ausgeführt, die Fach- und Behördendelegation würde intensiver mit dem ASTRA am Projekt arbeiten. Jetzt gehe es um die Wurst, jetzt würden die Varianten weiter ausgereift. Bis im Sommer gehe es noch eine Zeit lang und in diesem Sinn schlage er einen freiwilligen Erfahrungsaustausch der gestern anwesenden Forum-Teilnehmer mit den drei Mitgliedern der Fach- und Behördendelegation vor, um die gemeinsame Stossrichtung zu diskutieren. Er werde gerne eine entsprechende Umfrage starten.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Christian Staub verzichtet auf ein Schlusswort.

### Beschluss

Vom Zwischenbericht zum Postulat Gautschi (forum) betreffend Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz wird Kenntnis genommen.

**10 Motion Wenger (EVP) betr. zweiter Sonnenschirm beim Kinderschwimmbecken im Muribad**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Patricia Gubler verzichtet als gemeinderätliche Sprecherin auf ein Votum.

Ursula Wenger (EVP) führt aus, beim Lesen der Begründung des Gemeinderats erhalte man den Eindruck, ein zweiter Sonnenschirm beim Kinderbassin sei völlig überflüssig. Schliesslich biete der jetzige Schirm schon für einen Viertel des Bassins Schatten, beim Sandkasten stehe ein weiterer Schirm und Bäume habe es zudem auch noch. Nur: Der Sonnenschirm beim Sandkasten sei zwar dringend nötig gewesen und werde auch geschätzt, aber er sei bezüglich Kinderbassin bedeutungslos, da er auf der falschen Seite stehe. Dasselbe gelte für die Bäume. Der Schatten dieser Bäume erreiche das Kinderbecken erst gegen Abend. Schatten sei aber für die empfindliche Kinderhaut besonders wichtig zwischen 11.00 und 15.00 Uhr. Fazit: Für drei Viertel des Kinderbassins plus nähere Umgebung habe es den ganzen Tag keinen Schatten. Es sei klar, dass die Eltern bezüglich Sonnenschutz eine grosse Eigenverantwortung tragen würden. Es sei aber ebenso klar, dass es förderlich sei, wenn sie dabei unterstützt würden. Die Argumentation des Gemeinderats, mit einem zweiten Sonnenschirm werde gleichwohl nicht das ganze Bassin abgedeckt, sei bizarr, so nach dem Motto: Wenn nicht 100 % erreicht werden könnten, so mache man besser gar nichts. Gerade so, als würde jemals der Punkt kommen, wo Schatten kontraproduktiv wäre. Das Gegenteil treffe zu; bezüglich Schatten und Kleinkinder sei mehr stets besser als weniger. Ein Kumulativeffekt sei sinnvoll, da kein Sonnenschutz 100 %-ig wirke, sei dies nun Kleidung, Sonnencreme oder Schirm. Oder anders ausgedrückt: Auch in einem Auto mit höchstem Sicherheitsstandard dürften Kinder bis zwölf Jahre nur in einem Kindersitz mitfahren; dies sei Gesetz. Nichts von liberaler Eigenverantwortung von Seiten der Eltern. Hier habe man erkannt, dass die Sicherheit der Kinder wichtiger sei, nach der Devise "dopplet gnäit het besser".

Noch ein Wort zu den UV-Schutz-Textilien: Die meisten seien qualitativ ausgezeichnet. Auch die Migros habe letztes Jahr derartige T-Shirts verkauft, orange und blaue. Im Nachhinein habe sich bei einem Test herausgestellt, dass die orangen den zertifizierten UV-Werten bei Weitem nicht entsprochen hätten. Wer beim Bezahlen seine Cumulus-Karte gezeigt habe, habe durch die Migros als Käufer eines solchen mangelhaften T-Shirts eruiert und telefonisch informiert werden können. Man habe das T-Shirt gegen ein blaues umtauschen können, diese sei in Ordnung gewesen. Dies nur als Beispiel, wie auch verantwortlich handelnde Eltern hineinfallen könnten und dass nicht immer dasjenige drin sei, was drauf stehe. Derartige Sachen würden im Übrigen nicht nur bei der Migros passieren.

Das Muribad sei eine gemeindeeigene Anlage. Die Gemeinde trage die Verantwortung für Sicherheit und Infrastruktur. Ganz zu schweigen von der häufig zitierten hohen Lebensqualität, welche in unserer Gemeinde angestrebt werde, wobei Lebensqualität im vorliegenden Fall durchaus wörtlich interpretiert werden dürfe. Möglichst viel Schatten bei einem Kinderbassin sei nicht ein "nice to have" oder gar Luxus, sondern gehöre zu einer verantwortungsvollen und vernünftigen Gesundheitsvorsorge. Nicht für nichts stehe der nationale Hautkrebstag vom 9. Mai ganz unter dem Thema "Sonnenschutz". Sie wolle in diesem Zusammenhang die Oberärztin der pädiatrischen Dermatologie der Universitätsklinik Bern zitieren: *"Die Sonne ist nicht der alleinige Grund für die Entstehung von Melanomen. Aber sie fördert die Entstehung und auch die Zunahme von Hautkrebs, und zwar in einem Masse, dass man schon von einer Volkskrankheit reden kann. Rund 30 % der Melanome entstehen aus Muttermalen und Sonnenbränden besonders in der Kindheit und Jugend"*.

Unterschieden habe die vorliegende Motion übrigens knapp die Hälfte der damals an der Sitzung anwesenden Parlamentsmitglieder. Nach der Sitzung habe ihr ein Mitunterzeichnender gesagt, das Anliegen sei doch eine Selbstverständlichkeit und dafür extra eine Motion einzureichen, sei mit Kanonen auf Spatzen geschossen. Jemand anders habe gesagt, dies wäre doch sicherlich ohne Motion gegangen; ein Telefon bei der Gemeinde und dies wäre erledigt worden. Schön wäre es. Sie wolle die Ratsmitglieder deshalb herzlich bitten, die Motion auch heute zu unterstützen und zu überweisen. Am Geld könne es ja nicht liegen, dass die Motion vom Gemeinderat zur Ablehnung empfohlen werde, schliesslich sei der Muribadkredit um CHF 31'000.00 unterschritten worden.

Francesca Ruta führt namens der SP-Fraktion aus, einigen möge das Geschäft wohl kleinlich erscheinen. Was die SP-Fraktion aber als kleinlich empfinde, sei die Antwort des Gemeinderats. Sie könne nicht ganz verstehen, weshalb ein so einfach realisierbares Anliegen, welches niemandem weh tue – ganz im Gegenteil –, auf diese Art abgeschoben werde. Im Übrigen vermisse die SP in der Antwort des Gemeinderats einen Kommentar, was die Kosten anbelange.

Markus Bärtschi erklärt, die SVP-Fraktion halte das Anliegen eindeutig als nicht motionsfähig, weil es nicht in die Kompetenz des Parlaments falle. Sogar als Postulat wäre die Flughöhe klar zu tief. Zum Glück müsse sich das Parlament in einer funktionierenden Gemeinde nicht mit derartigen Detailfragen befassen. Es würden Kommissionen bestehen und alle könnten sich als Bürger mit ihren Anliegen auf verschiedenste Weise einbringen und hörbar machen. Dies sei eigentlich bereits ein zu langes Votum gewesen, gemessen an der Bedeutung der Angelegenheit in diesem Saal. Der Klarheit halber wolle er aber noch hinzufügen, dass auch das Gegenteil wahr sei; d.h. wenn diese Motion nun abgelehnt werde, so bedeute dies auch nicht ein gesetzliches Verbot für das Aufstellen eines Sonnenschirms. Es sei überhaupt nichts über diesen Schirm gesagt. Auch für das Verbot sei das Parlament zum Glück nicht zuständig, sondern was es tun müsse, sei Gesetzgebungsarbeit.

Marina Graham erklärt, die forum-Fraktion unterstütze die Motion Wenger für einen zweiten Sonnenschirm beim Kinderschwimmbecken im Muribad. Die Antwort des Gemeinderats überzeuge nicht, sie befremde vielmehr. Tatsache sei, dass es beim Kinderschwimmbecken zu wenig Schatten gebe, dies sowohl für die Kinder, als auch für die Personen, welche die Kinder beaufsichtigen würden. Der einzige Sonnenschirm stehe am falschen Platz und die Bäume würden dort leider zu wenig Schatten spenden. Wenn der Gemeinderat sage, es sei in der Verantwortung der Eltern, ihren Kindern UV-schützende Kleidung zu kaufen, frage sie sich, welche Lobby für einmal die Eltern unterstütze. Familien und Kinder würden bekanntlich ja nur kosten und seien auf sämtlichen politischen Ebenen untervertreten. Es wäre in der Tat sehr sinnvoll, auch Eltern mit Kleinkindern beim Schwimmbassin Schatten zu spenden und sie dadurch zu schützen. Sie rufe die Ratsmitglieder dazu auf, ein kleines Zeichen für die Familien zu setzen und die Motion Wenger zu unterstützen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Patricia Gubler erklärt, trotz all der Argumente pro Sonnenschirm halte der Gemeinderat an seiner Antwort fest und ersuche den Rat, die Motion abzulehnen. Die Argumentation des Gemeinderats liege schriftlich vor. Es würden nie und nimmer all die Schwimmbassins, Sandkästen und Spielplätze mit Sonnenschirmen abgedeckt und sie appelliere an die Eigenverantwortung der Eltern. Aber dem Rat stehe es nun frei, darüber abzustimmen.

Beschluss (18 Ja / 14 Nein / 4 Enthaltungen)

Die Motion Wenger (EVP) betreffend zweiter Sonnenschirm beim Kinderschwimmbecken im Muribad wird überwiesen.

**11 Motion Ziberi (SP) betr. Aufwertung der Veloparkplätze in Muri-Gümligen**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Christian Staub erklärt, er habe einige Ergänzungen zur gemeinderätlichen Antwort anzubringen: Grundsätzlich räume der Werkhof nur Velos weg, wenn die Polizei eine entsprechende Meldung an den Werkhof mache. Wer direkt den Werkhof anrufe, werde an die Polizei verwiesen. Ab Meldung der Polizei dauere es im Schnitt ein bis zwei Tage, bis das Velo durch den Werkhof behändigt und beseitigt sei. Wenn dem Werkhofteam ein Velo auffalle, welches schon seit längerer Zeit – 3 oder mehr Tage – am gleichen Ort stehe, dem Teile fehlen würden oder ein sicheres Fahren damit nicht mehr möglich sei, räume es dieses weg. Im Rahmen der regelmässigen Reinigung der Veloabstellflächen beim Bahnhof Gümligen und Muri würden die schlimmsten "Velowracks" behändigt und weggeräumt. Eine im Jahresplan festgeschriebene regelmässige Kontrolle finde nicht statt. Der "Markt" werde beobachtet und wenn eine nicht mehr zumutbare Menge vorhanden sei, werde sie mittels einer "Grosseinsammlungsaktion" eingesammelt und entsorgt. Der jährliche zeitliche Aufwand des Werkhofs liege bei rund 40 Mannstunden und gleich vielen Fahrzeugstunden. Im Jahr 2009 sei die Stundenzahl als Folge der Grossaktion auf über 50 Stunden angestiegen. Im Jahr 2010 seien auf dem ganzen Gemeindegebiet insgesamt 123 Velos durch den Werkhof eingesammelt worden. Aus Sicht des Werkhofs – welche er teile – bestehe kein zusätzlicher Bedarf beim Einsammeln und Entsorgen von Velos. Die heutige Regelung funktioniere und etwas anderes wäre unverhältnismässig.

Beat Wegmüller führt aus, die SP sei mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat einverstanden, lehne aber die Abschreibung ab. Er werde den Eindruck nicht los, dass der Gemeinderat in Sachen Veloabstellplätze in Muri alles bestens finde. Er habe gestern selber verschiedene Abstellplätze besichtigt und beim Bahnhof festgestellt, dass Velos in Bestandteilen herumliegen würden, bei welchen man den Besitzer sicher nicht mehr darauf aufmerksam machen könne. Er sei froh, habe er die Teile nicht entwendet, sonst hätte er jetzt vermutlich noch eine Strafanzeige am Hals. Saubere und geordnete Veloabstellplätze würden auch zur Pflege eines guten Ortsbildes beitragen. Da sich Veloabstellplätze meistens am Bahnhof oder an einer Haltestelle des öffentlichen Verkehrs befinden würden, seien sie ein Bestandteil des öffentlichen Raums und würden einen nachhaltigen Eindruck hinterlassen, ob gut oder schlecht. Wenn alte oder defekte Velos herumstehen würden, so mache dies eine schlechte "Gattig" und animiere zu Vandalismus. Es gelte dasselbe wie bei den Sprayereien, man müsse den Missstand sofort beseitigen. Er komme nun zu den Zahlen und sei froh, dass Christian Staub diese noch erwähnt habe. In der Botschaft halte der Gemeinderat fest, es würden periodisch Aufräumaktionen durchgeführt, im März 2008 habe eine derartige Aktion stattgefunden. Von 2009 und 2010 stehe dort nichts. Daraus habe er geschlossen, dass eine derartige Aufräumaktion ungefähr 4 Jahre dauere.

Die SP lehne die Abschreibung ab, dies vor allem deshalb, weil kein sichtbares, wirkliches und brauchbares Konzept vorliege. Sie wünsche, dass der Gemeinderat aufzeige, wie er regelmässig die öffentlichen Veloabstellplätze wirksam pflege. Er bitte die Ratsmitglieder, dem Postulat zuzustimmen und dessen Abschreibung abzulehnen.



Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Christian Staub verzichtet auf ein Schlusswort.

#### Beschluss

1. Das Postulat Ziberi (SP) betr. Aufwertung der Veloparkplätze in Muri wird einstimmig überwiesen.
2. Das Postulat wird mit 19 Ja- zu 16 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung abgeschrieben.

## **12 Motion Ziberi (SP) betr. Konzept für planerische Aufwertungsschwerpunkte**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Hans-Rudolf Saxer führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, die Bedeutung, die der Gemeinderat dem Anliegen zubillige, könne dem Umfang der Botschaft entnommen werden. Der Gemeinderat sei zusammen mit den Motionären der klaren Meinung, dass an verschiedensten Orten in der Gemeinde Handlungsbedarf im Hinblick auf eine planerische Aufwertung bestehe. Die meisten der Anwesenden hätten sicherlich in der Zwischenzeit im Rahmen der öffentlichen Mitwirkung den Richtplan Raumentwicklung studiert und dabei feststellen können, dass der Gemeinderat genau in diese Richtung nicht nur denke, sondern auch handeln wolle. Daher sei er inhaltlich mit der Stossrichtung absolut einverstanden. In formeller Hinsicht sei er der Auffassung, dass der Richtplan Raumentwicklung – mit flankierenden Dokumenten – massgeblich sein solle, es aber nicht notwendig sei, darüber hinaus noch ein zusätzliches Konzept zu erarbeiten. Der Gemeinderat stelle deshalb den Antrag, die Motion als Postulat zu überweisen und anschliessend abzuschreiben, da er auf der Schiene Richtplan Raumentwicklung die entsprechenden Massnahmen bereits in die Wege geleitet habe.

Beat Wegmüller (SP) bedankt sich beim Gemeinderat für die Botschaft. Er könne schon vorwegnehmen, dass die SP dieses Mal mit der Abschreibung einverstanden sei. Das geforderte Konzept komme quasi – wie vom Gemeindepräsidenten bereits ausgeführt – mit einigen Massnahmenblättern vom zukünftigen Richtplan Raumentwicklung daher. Daneben erwähne der Gemeinderat bereits beschlossene Gebiete wie Turbenweg, ISB, Alte Teigi und Bahnhof. Es sei nach Ansicht der SP nicht ausreichend, wie in der Botschaft beschrieben, dass der Gemeinderat zusätzliche Aufwertungen immer dann prüfe, wenn von privater Seite (z.B. Grundeigentümer, Investoren) Projekte an die Hand genommen würden. Der Gemeinderat müsse aktiv Rahmenbedingungen für bestimmte Aufwertungspunkte schaffen, ansonsten komme er immer zu spät. Zur Thun- und Worbstrasse: Eine Aufwertung finde nicht nur durch eine vermehrte bauliche Verdichtung statt, sondern der Strassenraum müsse wesentlich freundlicher gestaltet werden. Es gebe genügend gute Beispiele in der Schweiz. Entlang der Thunstrasse, von der Kirche bis zum Autobahnanschluss, sei ebenfalls eine bessere räumliche Gestaltung notwendig. Das Jekami an dieser Strasse mit Lärmschutzwänden sei schlicht keine Gestaltung. Einmal Glas, Sichtbackstein oder dann wieder Holz. Hier sei mit dem Kanton eine bessere Koordination anzustreben. Die SP mache schon heute darauf aufmerksam, dass sie fordern werde, dass der Gemeinderat den Richtplan Raumentwicklung im Rahmen der Ortsplanungsbehandlung dem Grossen Gemeinderat wenigstens zur Diskussion vorlege. Er bitte die Ratsmitglieder, dem Postulat und der Abschreibung zuzustimmen.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Hans-Rudolf Saxer verzichtet auf ein Schlusswort.

Beschluss (einstimmig)

Das Postulat Ziberi (SP) betr. Konzept für planerische Aufwertungsschwerpunkte wird überwiesen und anschliessend abgeschrieben.

**13 Motion Schneider (SP) betr. vorausschauende Gesamtplanung im Gebiet Turbenweg-Füllerich**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Hans-Rudolf Saxer führt als gemeinderätlicher Sprecher aus, dass der Bereich der ZPP Turbenweg in unserer Gemeinde einen sehr hohen Stellenwert habe. Dieser werde in Zukunft eher noch zunehmen. Deshalb würden inhaltlich – ähnlich wie im vorangegangenen Vorstoss – keine Differenzen zwischen den Motionären und dem Gemeinderat bestehen. In diesem Zusammenhang müsse aber auf Folgendes aufmerksam gemacht werden: In einem neuen, seit ca. 2 Jahren bestehenden Artikel im Baureglement seien Bestimmungen einer ZPP festgehalten, welche die grundsätzlichen Rahmenbedingungen und Anforderungen des noch nicht neu überbauten Raums – heutiger Standort Coop, heutiger Standort Post – festlege. Die Spielregeln seien also definiert. Von der Arbeitsweise her sei es weder möglich noch sinnvoll, parallel den Zonenplan, das Baureglement und den Richtplan Raumentwicklung zu bearbeiten und darüber hinaus noch an X Orten in der Gemeinde pro aktiv seitens des Gemeinderats Diskussionen mit Investoren und Grundeigentümern anzugehen. Würde dies getan, würde die Qualität garantiert leiden und daran hätte wohl niemand ein Interesse. Daher sei die Situation so, dass zurzeit in absolut oberster Priorität der Zonenplan, das Baureglement und der Richtplan Raumentwicklung im Rahmen der nächsten 1 1/2 Jahren, bis und mit Volksabstimmung, nach allen Regeln der Kunst bearbeitet würden. In einer nächsten Phase würden die im Richtplan Raumentwicklung aufgezeigten Massnahmen in einer noch zu definierenden zeitlichen Abfolge bearbeitet werden. Würden aber Investoren oder heutige Nutzer am Turbenweg mit konkreten Vorschlägen oder Anliegen an den Gemeinderat gelangen, so sei dieser selbstverständlich bereit, mit ihnen darüber zu diskutieren und sie im Rahmen des Möglichen und Nötigen zu unterstützen. Es mache aber keinen Sinn, wenn parallel zu viele Hasen gejagt würden, denn schlussendlich würde man keinen einzigen davon erwischen. Im Sinne einer guten Qualität sollte daher eine Konzentration auf das Sinnvolle und Machbare stattfinden.

Beat Schneider (SP) bedankt sich beim Gemeinderat für die rasche Antwort auf seine Motion. Beim Durchlesen der Stellungnahme habe er sich zwar gefragt, ob er sich nun dafür entschuldigen müsste, dass er die Motion eingereicht habe. Das Hauptziel der Motion bestehe darin, dass der Gemeinderat aktiver werden, sich einbringen sollte. Im Richtplan Raumentwicklung sei das Gebiet zwischen Worbstrasse, Sportplatz Füllerich und dem heutigen Standort Migros, Coop und Post schon als Gebiet mit Verdichtungspotenzial erkannt worden. Der erste Schritt sei also getan. Offenbar fehle aber der Wille, den nächsten Schritt an die Hand zu nehmen. Ihn habe die Aussage etwas erstaunt: "Es ist deshalb nicht angebracht, bereits heute festzulegen, was in 20 Jahren oder später auf dem Areal passieren soll." Heute sei zu hören gewesen, die Planung eines Neubaus für ein Schulhaus würde ein Jahrzehnt oder mehr in Anspruch nehmen. Man könne nicht gerade dann, wenn es aktuell sei, aktiv werden. Mit der Festlegung von Grenzabständen und Gebäudehöhen im Baureglement allein könne man den Planungsprozess zu wenig aktiv beeinflussen. Er denke, dass die Gemeinde damit eine Chance vergebe. Umso weniger verständlich sei, dass ein

Steinwurf davon entfernt, auf der andern Seite der Worbstrasse, ein anderer Weg eingeschlagen werde. Dort werde mit dem Mittel der ZPP die Mitsprache der Gemeinde sichergestellt. Aus diesen Überlegungen verzichte er hier auf eine öffentliche Entschuldigung für diese Motion. Zumindest teilweise werde ja Handlungsbedarf erkannt. Er sei mit der Überweisung als Postulat einverstanden, stelle jedoch den Antrag, den Vorstoss nicht abzuschreiben.

Das Wort wird aus dem Rat nicht weiter verlangt.

Hans-Rudolf Saxer verweist auf den letzten Absatz der gemeinderätlichen Stellungnahme. Wie er ausgeführt habe, bestehe eine ZPP, welche grundsätzlich die Spielregeln definiere. Damit jedoch konkret etwas realisiert werden könne, brauche es noch eine UeO. Der Gemeinderat müsse also eine UeO erarbeiten und erlassen. Dies sei aber erst möglich, wenn er vernehme, dass Grundeigentümer und Baurechtnehmer überhaupt daran interessiert seien, in den nächsten paar Jahren etwas zu realisieren. Wenn er dann erfahren habe, was konkret realisiert werden sollte, könne er mit dem Planen beginnen. Man vergebe sich dort also nichts, es brauche noch eine UeO und diese liege in der Kompetenz des Gemeinderats. Es könne nicht einfach von heute auf morgen ein Investor kommen und dort irgend etwas hinbauen. Es werde also keine Chance verpasst. Was die Ausführungen bezüglich der 20 Jahre anbelange, so würden sich diese ganz klar nicht auf den Perimeter Post - Coop beziehen, sondern auf den westlichen Perimeter, die Stockwerkeigentümergeinschaft mit der Bibliothek, die Drogerie Streuli etc. Dort gehe der Gemeinderat effektiv davon aus, dass vielleicht in 20 Jahren etwas passiere. Dieser Teil des Turbenwegs sei eigentlich recht gut im Schuss und es würden keinerlei Anhaltspunkte dafür bestehen, dass dort kurzfristig etwas gehen würde. Er möchte wiederholen: Wenn der Gemeinderat kontaktiert würde, würde er selbstverständlich auf Diskussionen eintreten und massgeblich federführend die Erarbeitung der UeO an die Hand nehmen.

#### Beschluss

1. Das Postulat Schneider (SP) betr. vorausschauende Gesamtplanung im Gebiet Turbenweg Füllerich wird einstimmig überwiesen.
2. Das Postulat wird mit 21 Ja- zu 14 Nein-Stimmen bei einer Enthaltung abgeschrieben.

#### **14 Postulat Schneider (SP) betr. vorausschauende Gesamtplanung in der Arbeitszone Lischenmoos**

Der Vorsitzende orientiert, die Stellungnahme des Gemeinderats liege schriftlich vor.

Hans-Rudolf Saxer führt aus, der Gemeinderat gehe materiell mit dem Postulat einig. Er sei bei der Erarbeitung des Richtplans Raumentwicklung zur klaren Meinung gelangt, dass das Gebiet Lischenmoos der naheliegendste Standort für eine künftige, qualitativ hochwertige, aber auch verdichtete Nutzung im ganzen Gemeindegebiet sei. Er empfehle daher die Überweisung des Postulats.

Beat Schneider (SP) bedankt sich beim Gemeinderat für seine rasche Reaktion und die wohlwollende Aufnahme der Ziele. Das Hauptziel werde aufgenommen, einerseits als Gebiet mit Verdichtungspotenzial im Richtplan Raumentwicklung, andererseits mit dem Versprechen, für das Gebiet eine ZPP zu erlassen. Die SP begrüsse, dass sich der Gemeinderat aktiv in den Planungsprozess einbringe. Dies sei umso wichtiger, weil dies vermutlich eines der letzten Gebiete in unserer Gemeinde sei, welches sich für eine gewerbliche Nutzung eigne. Eine kritische Bemerkung erlaube er sich dennoch. Der Gemeinderat nehme offenbar das Zepter in die Hand, wenn er von

Eigentümern oder Unternehmen angefragt werde. Wahrscheinlich würden hier schon konkrete Vorhaben vorliegen. Mit der Überweisung des Postulats sei er einverstanden.

#### Beschluss (einstimmig)

Das Postulat Schneider (SP) betr. vorausschauende Gesamtplanung in der Arbeitszone Lischenmoos wird überwiesen.

## 15 Information des Gemeinderats

### Energieleitbild

Kornelia Hässig verweist auf das auf den Tischen aufliegende Dokument. Es handle sich um das aktualisierte Energieleitbild, welches im letzten September durch den Gemeinderat verabschiedet worden sei. Es sei etwa ein Jahr her, seit die Gemeinde mit dem Kanton die BEakom-Vereinbarung unterzeichnet habe. Diese Vereinbarung habe aus diversen Massnahmenblättern bestanden. Eines davon habe festgehalten, dass das Energieleitbild überarbeitet bzw. aktualisiert werden müsse. Bis anhin hätten energiepolitische Leitsätze aus dem Jahr 2003 und dazu ein Massnahmenkatalog bestanden. Das vorliegende Energieleitbild löse nun diese energiepolitischen Leitsätze ab und der BEakom-Massnahmenkatalog löse den in den Leitsätzen enthaltenen Massnahmenkatalog ab. Das Energieleitbild sei eine Orientierungshilfe für Behörden und Verwaltung, es solle unterstützend und leitend bei energiepolitischen Entscheidungen sein. Beim Durchblättern finde man Leitsätze in den Bereichen Planung, kommunale Gebäude, Versorgung, Mobilität, Kommunikation etc. Die Projektgruppe BEakom begleite die Umsetzung der BEakom-Vereinbarung und sei dafür besorgt, dass dem Leitbild nachgelebt und ihm Nachachtung verschafft werde. Die Verwaltung sei bis anhin nicht untätig gewesen. So könnten zum Beispiel seit dem laufenden Jahr die Schülerinnen und Schüler von Energieunterricht profitieren. Es bestehe eine Organisation namens PUSCH, welche Energieunterricht für Schulklassen anbiete. Dies koste etwas, werde nun aber in der Gemeinde Muri angeboten; die Lehrerschaft könne freiwillig mitmachen. In diesem Jahr werde in unserer Gemeinde auch ein Mobilitätstag stattfinden und für die Hausbesitzer werde ein Kurs "Klimagerecht sanieren" angeboten. Die Ratsmitglieder könnten sich diesbezüglich zwei Daten vormerken, welche noch in den Lokal-Nachrichten publiziert würden. Es handle sich um den 18. Juni (Mobilitätstag) und den 23. Mai (Kurs "Klimagerecht sanieren"). Im Moment sei auch die Erarbeitung des Energierichtplans im Gang, der Auftrag sei erteilt worden. Es würden diesbezüglich Mitwirkungen auf die Ratsmitglieder zukommen. Sowohl das Energieleitbild als auch der Massnahmenkatalog würden auf die neue Homepage aufgeschaltet. Sie lege allen die Lektüre des Energieleitbilds ans Herz und sei an feedbacks und Vorstössen interessiert.

### Belagsanierung Thunstrasse

Christian Staub informiert, der Oberingenieurkreis II habe relativ kurzfristig darüber orientiert, dass die Thunstrasse ab Autobahnkreisel bis zum Friedhof der Kirche Muri saniert werden solle. Grund für diese sehr knapp angekündigte Sanierung seien vorhandene Mittel, die der Oberingenieurkreis II von anderen, kreditmässig bewilligten, aber noch blockierten Projekten dieses Jahres einsetzen könne; Stichwort Umfahrung Worb. Zudem habe das ASTRA – also der Bund – dieses Strassenstück als sogenannte "Teststrecke" bestimmt, auf dem ein lärmarmere Belag eingebaut werde und nach der Wiederinbetriebnahme Messungen durchgeführten werden sollten. Dieser Flüsterbelag solle zu Beginn rund 3 Dezibel Lärmreduktion bringen, auf die Dauer dann noch gut 1 Dezibel. Folgende Arbeiten würden ausgeführt:

- Erweiterung der Fahrbahnbreite auf durchwegs 8,5 m Breite, Trottoir ca. 2 m, lokal 1,75 m. Das gesetzliche Mindestmass betrage 1,5 m.

- Einbau eines neuen Deckbelags. Es handle sich nicht um eine Grundsanierung der Strasse, sondern es werde ein neuer Deckbelag angebracht.
- Ersetzen der Versteinerungen – also der Randabschlüsse – auf der gesamten Baustellenlänge.
- Durchgehende Neumarkierung des Radstreifens mit einer Breite von rund 1,5 m (was in etwa derjenigen in der Aebnitstrasse entspreche).
- Versetzen der Bushaltestellen Aebnitstrasse und Tankstelle Richtung Stadt mit neuen Fussgängerstreifen.
- Alte und neue Fussgängerstreifen würden neu eine Mittelinsel erhalten, ausgenommen der Fussgängerübergang bei der Lichtsignalanlage an der Kreuzung Aebnitstrasse.
- Neuer Fussgängerstreifen Kreuzung Steinhübeliweg/Höheweg.

Die Arbeiten würden am 11. April beginnen und in 3 Etappen durchgeführt. Der Abschluss sei zwingend Ende der Sommerferien, also Mitte August. Verkehrsumleitungen seien notwendig, zudem sei mit Wartezeiten vor der Baustelle zu rechnen, da es einen Einspurverkehr geben werde. Der Oberingenieurkreis II werde noch eine spezielle Information zum Bauvorhaben machen, mit Hauptaugenmerk auf die während der Bauzeit notwendigen Umleitungsmassnahmen. Dies in Absprache und Koordination mit dem Leiter Umwelt und Verkehr unserer Gemeinde.

## 16 Neue parlamentarische Vorstösse

### **Einfache Anfrage D. Bärtschi (FDP/jf) betreffend Gebäudebezeichnung an Liegenschaften (Anbringen von Hausnummern)**

In der Gemeinde Muri b. Bern sind die Hausnummern der Liegenschaften teilweise nicht respektive nur unzureichend von der Strasse aus einsehbar. Das rasche Finden der Liegenschaften ist für folgende Organisationen / Personen von Bedeutung:

- Blaulichtorganisationen (Polizei, Sanität, Feuerwehr)
- Die Post
- Kurier- und Transportfirmen
- Besucher

In der Stadt Bern ist dies in der Verordnung über die Strassenbenennung und die Gebäudenummerierung vom 24.06.1970 im Art. 8 wie folgt geregelt:

"Die Gebäudeeigentümer sind verpflichtet, die durch das Vermessungsamt verfügbaren Gebäudenummern auf ihre Kosten anzubringen und in gutem Zustande zu erhalten. Die Nummern müssen von der Strasse aus gut sichtbar sein. Wenn nötig, sind sie ausser an den Fassaden auch an Garteneingängen anzubringen."

Eine telefonische Anfrage an Rolf Eberhard, Leiter Hochbau und Planung, hat ergeben, dass es in der Gemeinde Muri b. Bern keine entsprechende Weisung gibt. Seiner Ansicht nach können die Grundeigentümer aber gestützt auf Art. 57 der Bauverordnung des Kantons Bern aufgefordert werden, ihre Hausnummern so zu unterhalten, dass sie jederzeit gut sicht- und erkennbar sind.

Fragen:

- Wie beurteilt der Gemeinderat die heutige Situation und reicht die rechtliche Grundlage mit Art. 57 der Bauverordnung des Kantons Bern aus?
- Mit welchen Massnahmen könnten die Liegenschaftseigentümer aufgefordert werden die Hausnummern von der Strasse aus gut sichtbar anzubringen?

Gümligen, 17. März 2011

Daniel Bärtschi

**Motion Wegmüller (SP) betreffend Schaffung einer Ombudsstelle**

Der Gemeinderat wird beauftragt, eine von Behörden und Verwaltung unabhängige Ombudsstelle zu schaffen und die notwendigen gesetzlichen Grundlagen zu erarbeiten. Die Ombudsstelle vermittelt in Konfliktfällen und unterstützt die Bürgerinnen und Bürger bei ihren Anliegen. Sie setzt sich für den Schutz der Rechte und die Interessen der Bevölkerung ein.

**Begründung**

Ombudsstellen erfüllen eine wichtige Funktion in unserem Staatswesen und in der Gesellschaft. So hat auch die Privatwirtschaft und die öffentlichen Institutionen längst erkannt, dass Ombudsstellen eine wirkungsvolle Aufgabe erfüllen: z.B. Banken, Privatversicherungen, Krankenkassen, Reiseveranstalter, Öffentlicher Verkehr, Spitäler, Alters- und Pflegeheime, SRG, usw.

Ombudsstellen können ernsthaften Konflikten vorbeugen, vermitteln und Lösungen suchen. Mit dem Einsatz von Ombudsstellen können langwierige, aufwändige Rechtsstreitigkeiten vermieden werden.

Die Schaffung einer Ombudsstelle bringt gewisse Kosten mit sich. Auf der anderen Seite können jedoch Kosten eingespart werden. Durch die Möglichkeit, faire und vertragliche Lösungen auf dem Vermittlungsweg zu suchen und zu finden, können in etlichen Fällen verwaltungsjustizmässige Verfahren sowie Gerichtsverfahren etc. verhindert werden. Ebenso kann der Imageschaden, der der Gemeinde durch vielerlei negative Reaktionen unzufriedener BürgerInnen entstehen kann, vermieden werden. Die Inanspruchnahme der Ombudsstelle muss für die Bevölkerung unentgeltlich sein.

Die Ombudsstelle kann im Mandatsverhältnis von einer unabhängigen Person geführt werden. Zudem ist eine Zusammenarbeit mit der Stadt Bern oder einer grösseren Gemeinde denkbar.

Der Gemeindepräsident kann eine wirkliche Ombudsfunktion nicht erfüllen, weil er einerseits Präsident des Gemeinderates ist und zudem der Verwaltung vorsteht.

Gümligen, 22. März 2011

Beat Wegmüller

M. Manz, F. Ruta, B. Schneider, R. Wakil, V. Näf, U. Wenger, N. von Fischer, S. Fankhauser, M. Graham (10)

**Motion Wegmüller (SP) betreffend Steigerung der Qualität im Bauwesen und von Planungsprojekten**

Der Gemeinderat wird beauftragt, Massnahmen zu ergreifen, welche zur Steigerung der Qualität von Planungsprojekten und bei der Realisierung von grösseren Bauten in der Gemeinde Muri beitragen. Damit soll eine qualitativ hochstehende Gestaltung von Objekten und Überbauungen gefördert werden.

**Begründung**

Wettbewerbe und Testplanungen verbessern die Qualität von Planungen. Einerseits muss die Gemeinde für ihre eigenen Objekte und Projekte, über die sie als Bauherrin oder Grundeigentümerin selbst bestimmen kann, Wettbewerbe oder Testplanungen durchführen. Andererseits besteht ein öffentliches Interesse, dass auch grössere

private Bauprojekte durch Wettbewerbe zu einer möglichst hohen Qualität kommen, sowohl bezüglich der Gestaltung des öffentlichen Raums, der Einbettung in die Umgebung als auch der architektonischen Gestaltung. Investoren haben durch Wettbewerbe den Vorteil, dass ihnen eine breite Palette von Möglichkeiten aufgezeigt wird. Es ist sicherzustellen, dass die Resultate von Wettbewerben bei der Realisierung auch zum Tragen kommen (z.B. auch nach einem Wechsel des Investors). Bei privaten Projekten hat die Gemeinde Wettbewerbe oder Testplanungen zur Bedingung zu machen, so bald öffentlich-rechtliche Instrumente angepasst werden müssen (ZPP, Umzonungen, Einzonungen). Auch die Massnahmeblätter im Rahmen des Richtplans müssen diese Haltung gegenüber privaten Investoren klar zum Ausdruck bringen.

Die Gemeinde Muri hat einen derart hohen Standortvorteil, dass sie die Interessen der Allgemeinheit gegenüber den Investoren hoch gewichten kann.

Gümligen, 22. März 2011

Beat Wegmüller

M. Manz, F. Ruta, B. Schneider, R. Wakil, V. Näf, M. Graham, S. Gautschi,  
M. Humm, U. Wenger, M. Häusermann, N. von Fischer, S. Fankhauser (13)

Gegen das Verfahren liegen keine Einwände vor.

### **Mitteilungen**

Der Vorsitzende orientiert, die April-Sitzung falle aus. Das Parlament treffe sich am Dienstag, 24. Mai 2011, wieder.

Am 7./8. Mai – als Alternative zur ausgefallenen April-Sitzung – finde die Aktion schweiz.bewegt statt. Entsprechende Informationen könnten den Lokal-Nachrichten sowie der Website der Gemeinde entnommen werden.

Per Ende April 2011 trete Niklaus von Fischer aus dem GGR zurück. Er danke ihm für die geleistete Arbeit im Rat, für die gute Zusammenarbeit während des letzten Jahres im Büro GGR und wünsche ihm am neuen Wohnsitz auch wieder Lust auf Politik.

\*\*\*\*\*

GROSSER GEMEINDERAT MURI BEI BERN  
Der Präsident: Die Protokollführerin:

Hannes Treier

Anni Koch